

apflspalten

10. Jg.

Nr. 2

2004



aktive pflichtschullehrerInnen
unabhängige gewerkschafterInnen



Inhalt

aufg' Muckt	Seite 2
klasse zukunft	Seite 3
LehrerInnen- Selbstbewusstsein	Seite 7
bemerkt & notiert	Seite 9
Replik auf Strobl	Seite 11

IMPRESSUM:

Offenlegung gemäß § 23 des
Mediengesetzes.

Herausgeber:

ÖLI-UG Landesgruppe Wien- **apflug**.

Medieninhaber und für den Inhalt
verantwortlich:

Kurt **MUCK**

Redaktionelle Betreuung:

Gabriele **BOGDAN**

Layout: Gerhard **MALLER**

Cartoons: **MUCH, PEDERZOLLI**

Tel 06991/108*39*26

k.muck@gmx.at

gaby.bogdan@gmx.at

apflug@ug-oegb.at

www.apfl.go.to

Blattlinie:

Beitrag zu mehr Demokratie in PV
und Gewerkschaft.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stimmen nicht unbedingt mit der
Meinung des Herausgeber überein.

aufg'Muckt



-
Oft habe ich an dieser Stelle bereits über mein Politikverständnis geschrieben. Vor allem darüber, dass ich meine, dass Politik beinharte Interessensvertretung ist. Interessensvertretung des Grundwiderspruchs unserer Gesellschaft, nämlich der Menschen, die Produktionsmittel besitzen (sprich Arbeitsplätze vergeben) und jenen, die nur ihre Arbeitskraft besitzen (unselbständig Erwerbstätige). Repräsentiert in unsrer Republik von den bürgerlichen Parteien (Blau und Schwarz) und dem linken Lager (Rot). Ich bin mir darüber im Klaren, dass das heute so einfach nicht mehr ist. Die ideologischen Grenzen zwischen den Parteien sind sehr verschwommen. (Wer traut sich heutzutage das Wort Ideologie überhaupt in den Mund zu nehmen) Und es gibt ja auch kaum mehr „den Fabrikbesitzer“ oder „den Arbeiter“ - und es gibt auch eine grüne Partei. Aber den Grundwiderspruch gibt es immer noch. Und damit die grundsätzlich entgegengesetzten Interessen.

So weit so gut!

Im „Kommentar“ im *Kurier* vom 24. 3. 2004 lese ich

„Politik ist vor allem auch eine Frage des Verkaufs.“

Und leider muss ich dem aus heutiger Sicht zustimmen. Es ist in den letzten Jahrzehnten gelungen das Augenmerk der Menschen vom Inhalt ab- und auf die Verpackung - die Form zu konzentrieren. Und

das nicht nur im Supermarkt, sondern auch – wie der oben zitierte Satz belegt – in der Politik so. Welcher Geist und Widerspruch da dahinter steckt wird aus dem ersten und dem letzten Wort des Satzes offensichtlich:

Politik weist durch seine Wurzel auf das Interesse der Allgemeinheit hin – der *Gesellschaft*. Das Wort *Verkauf* hingegen zielt punktgenau auf das Interesse eines Teils der Gesellschaft, nämlich den, der die Produktionsmittel innehat und seine Produkte auch an die Frau/den Mann bringen will. Diese Verquickung der Begriffe, die tagtäglich - ja fast permanent - auf uns einwirkt (z.B. mehr privat, weniger Staat), lässt in den Köpfen der Menschen die *Unschärfe der Begriffe* eskalieren, wodurch die Sicht auf ihre eigene Interessenslage (durch den angesprochenen Grundwiderspruch) vernebelt wird.

Dadurch wird es auch in steigendem Maße möglich, dass gute „Verkäufer“ im Stande sind massenhaft zu überzeugen, sie seien die besten VertreterInnen von Interessen (welcher Seite sie auch angehören mögen).

Klar ist aber auch, dass Menschen mit höherer Bildung sich eher Zugang zu politischer Bildung verschaffen können und somit weniger anfällig für dieses Verwirrspiel sind. Umgekehrt ist natürlich keinem Menschen abzusprechen, er sei nicht bildungsfähig (siehe 2. oder 3. Bildungsweg). Auf diesem Gebiet leistete in der Vergangenheit (und leider ebte dies bereits ab den späten 60ern des 20. Jhdts. rapide ab) die Arbeiterbewegung Großes. Ebenso groß ist daher das Versäumnis der Sozialdemokratie der fatalen Entpolitisierung der Massen Einhalt zu gebieten. Die Rechnung wird ihnen in Form von „Zitterpartien“ bei Wahlen, von orientierungslos herumirrenden WechselwählerInnenstimmen präsentiert.

A „Klasse“ Zukunft?

Gedanken zum Bericht „Klasse:Zukunft“ der Zukunftskommission für Bildung.

Andreas Chvatal,

Personalvertreter für apfl im 8. Wiener
Inspektionsbezirk, Mitglied des
Vorstandes der ÖLI/UG.



**Ehre, wem Ehre gebührt! Es muss
einmal gesagt werden: Frau Gehrler
ist eine wunderbare
Bildungsministerin...
... für die ÖVP/FPÖ Regierung.**

Obwohl seit längerem angeblich schwer pensionsreif, schafft sie es immer wieder aufs Neue, völlig selbstlos dem Spardiktat ihrer Herrn und Meister – des Finanzministers und des Bundeskanzlers – zu gehorchen. Kein Wunder, dass die sie nicht in Pension schicken wollen!

Nachdem das letzte Bisschen ihrer politischen Eigenständigkeit den Geist aufgab, in einem legendären Schreikrampf anlässlich der Einführung der Studiengebühren, welche sie kurz zuvor noch abgelehnt hatte, hat sich die Eignung der Dame für die Funktion als ÖVP - Bildungssparfroh sogar noch beträchtlich erhöht. Seither verfolgt sie den Kurs, den ihr der Bundeskanzler sagt, als brave, automatische Parteisoldatin bar jeglicher persönlichen Involviertheit.

Und dies mit dem allergrößten Erfolg, wie sich etwa im Fall der „Universitätsreform“ deutlich zeigte. Ganz im Sinne ihrer Parteiklientel hat Gehrler den freien Zugang zur Hochschulbildung erschwert und gleichzeitig ist es ihr gelungen, die nunmehr „freien,

autonomen“ Universitäten zur Mangelverwaltung ihrer Globalbudgets zu verdammen.

Verbesserungen für die Studierenden waren ohnehin nie geplant.

Möge Frau Gehrler der ÖVP und der FPÖ noch lang erhalten bleiben. An ihrem lichtvollen politischen Agieren zeigt sich so deutlich wie nirgendwo anders, worum es dieser Bundesregierung geht.

Nämlich um maximale Kostensenkung im gesamten Bildungsbereich, bis hin zu dessen teilweiser Auflösung, bzw. Privatisierung, verbunden mit dienst- und besoldungsrechtlichen Veränderungen für LehrerInnen, die es ermöglichen sollen, den Lehrkräften unentgeltliche Mehrarbeit aufzubürden. Das Ganze heißt dann im Newspeak „Bildungsmanagement“.

Nachdem die Frau Ministerin die Unis als „erledigt“ abhacken konnte, widmet sie ihre Aufmerksamkeit nunmehr voll und ganz dem Schulwesen. Denn auch hier haben Finanzminister, Bundeskanzler und einige andere geradezu horrenden Einsparungsbedarf geortet.

Bekanntlich produziert die österreichische Schule bestenfalls mittelmäßige Ergebnisse (siehe Pisa-Studie) zu völlig überhöhten Kosten (siehe OECD Erhebung „Bildung auf einen Blick“). Dass einer der Hauptgründe für die hohen (Personal-) Kosten der von der Ministerin noch vor einem Jahr heftigst bejammerte „Lehrerbauch“¹ ist, scheint inzwischen in Vergessenheit geraten zu sein. Wohl vor allem deshalb, weil im Bildungsministerium realisiert wurde, dass die Kompensation des jährlich anfallenden Anstiegs der LehrerInnengehälter aufgrund der Biennenvorrückung, nicht auf Dauer durch Reduktion von SchülerInnenstunden und

¹ „Lehrerbauch“ = Derzeit befinden sich sehr viele LehrerInnen in hohen Gehaltsstufen. (Eine Wortschöpfung Frau Gehrers als ihr Beitrag zur Befüllung des politischen Sommerlochs 2003.) An der Situation wird sich langfristig wenig ändern, da die LehrerInnen wegen der Pensionsreform länger aktiv sein müssen. Dadurch kommen junge KollegInnen nicht zum Zug, obwohl gerade dies den besagten Wanst verkleinern würde.

Ausnützung von für die Ministerin zeitlich günstig auftretenden Frühpensionierungswellen möglich sein wird.

Um nicht wieder in Schreigefahr zu geraten, verfiel Frau Gehrler auf eine Idee.

Sie rief die „Zukunftskommission für Bildung“ ins Leben und beauftragte sie, fundierte Vorschläge für Reformen des Schulwesens zu vorzulegen, auf das in diesem besser, vor allem aber billiger gearbeitet werde.

Die Besetzung der Kommission musste natürlich prominent sein.

Also, wissenschaftliche Leitung: DDr. **Haider** von der Uni Salzburg, als Erziehungswissenschaftler eine anerkannte Kapazität. Und damit sicher nichts schief geht, als technischer Direktor ein gewisser Hermann **Helm**, Generalsekretär im Bildungsministerium, ehemaliger Vorsitzender der Bundessektion Pflichtschullehrer der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und in dieser Funktion Erfinder

des Landeslehrer Dienst Gesetzes (LDG) 2001, vulgo LDGneu. Was für eine Karriere!

Da aber auch ein Managementimpuls a la Gehrler nicht fehlen durfte bekam die Kommission, von der Frau Ministerin - quasi als Starthilfe – zwei Dinge. Nämlich, erstens ein Denkverbot hinsichtlich jeglicher Überlegungen, die eine gemeinsame Schule der 10 bis 15 jährigen betreffen könnten. Und zweitens, eine auf den Deckel, weil die Kommission vorschlug das „Sitzenbleiben“ abzuschaffen. (Helm hatte da wohl kurz nicht aufgepasst.)

Ministerielle Begründung in beiden Fällen: Kommission hin, Wissenschaft her. Ist ideologisch nicht erwünscht - und aus. Typisch Gehrler-mäßige Bildungspolitik also, siehe oben.

Angesichts solcher Ausgangsvoraussetzungen liegt die Vermutung nahe, dass der Bericht der Kommission instrumentalisiert werden soll, um Begründungen für eine von parteipolitischen

Einsparungsmotiven geprägte Umkrepelung des Schulwesens zu liefern. Ein Helm ist, wer hier Parteiunabhängigkeit suggeriert.

Allerdings wäre es verfehlt, sich nicht mit dem vorliegenden Bericht und den Vorschlägen der Kommission auseinander zu setzen, da diese doch einige Ansätze enthalten, die überaus sinnvoll sein könnten. (Die Gesamtversion des Berichts, 90 Seiten, ist auf www.klassezukunft.at zu finden.)

Die ÖLI/UG² hat den Bericht der Kommission bereits im November 2003 diskutiert und hat ihre Stellungnahme dazu, die „**Horner Erklärung**“, veröffentlicht. Auch diese ist zu umfangreich, um hier abgedruckt zu werden. Sie ist jedoch auf www.kreidekreis.net (im Archiv) und auch auf www.apflug.go.to einzusehen.

Zum Bericht selbst:

Es ist der Kommission hoch anzurechnen, dass sie viele Probleme des Schulwesens deutlich aufzeigt. Vor allem deshalb, weil einige dieser Bereiche von der ÖVP/FPÖ Regierung praktisch routinemäßig ignoriert werden. ? So ist die offizielle Feststellung, dass es um die Schulfreude der österreichischen SchülerInnen schlecht bestellt ist, sehr zu begrüßen. Allerdings greift schon die Analyse dieses Missstandes zu kurz, denn er wird von der Kommission nur als mangelhafte Leistung der

Schule bzw. ihrer Organisiertheit definiert. Inwieweit ungünstige Rahmenbedingungen und die ständige Ressourcenverknappung dafür



² ÖLI/UG = Österreichische LehrerInnen Initiative – Unabhängige GewerkschafterInnen. Bundesweiter Zusammenschluss aller LehrerInnengruppen der UG, gemeinsam mit AHS und BMHS KollegInnen.

verantwortlich sein könnten, wird leider nicht hinterfragt.

Auch andere Problembereiche des Schulwesens werden von der Kommission korrekt thematisiert.

? So wird beklagt, dass die österreichische Schule praktisch keinerlei nennenswerte Integrationserfolge hinsichtlich bildungsferner Bevölkerungsschichten sowie MigrantInnen zu bewerkstelligen imstande ist.

? Auch stellt die Kommission einen akuten Mangel an spezifischer Förderung für Mädchen fest und kritisiert das unzureichende Angebot ganztägiger Schulformen.

? Die Sinnhaftigkeit des Vorschlages, alle LehrerInnen auf universitärem Niveau auszubilden, muss wohl angesichts des finnischen PISA Sieges nicht weiter erörtert werden.

? Etwas zwiespältig erscheint die Forderung nach einer intensiveren Beforschung des Schulwesens, in Zusammenhang mit der Einführung standardisierter Evaluationsverfahren in der Schulentwicklung und den, ansatzweise schon verwirklichten, „Bildungsstandards“ für die SchülerInnen. Es spricht, aus meiner Sicht, nichts gegen Forschung und Evaluierung, vorausgesetzt, dass letztere als Feedback zum schulinternen Gebrauch verwendet und nicht für externe Kontrollen oder gar für die Erstellung von Schulrankings herangezogen wird. Leider ist zu befürchten, dass genau dieses sowohl von Politik als auch von den ZukunftsexpertInnen geplant bzw. erwünscht ist.

Die Herangehensweise des Ministeriums an die Verwirklichung der Bildungsstandards weist schon offen in diese Richtung. Offenbar wird davon ausgegangen, dass allein durch die Erstellung von leicht vergleichbaren Testergebnissen, eine profunde Analysebasis für die Gesamtsituation entsteht. Dabei wurden jedoch wichtige Teilaspekte nicht miteinbezogen, wie etwa die Problematik unterschiedlicher Ausgangssituationen der getesteten SchülerInnen. Es ist wohl fraglich, ob diese überhaupt erfasst werden könnten. Dass bei derartigen Testungen immer das leicht abprüfbare kognitive Wissen in den Mittelpunkt

gestellt wird, während kaum oder gar nicht überprüfbare soziale und emotionale Erziehungsziele in den Hintergrund gedrängt werden, scheint die Kommission leider nicht zu interessieren. Von Frau Gehrler und Herrn Helm wird ein derartiges Interesse wohl niemand erwartet haben.

Für am Bildungswesen Interessierte sind diese Punkte sicher nichts Neues. Dass die Zukunftskommission sie ebenfalls als wichtig anerkennt, zeugt von einer seriösen Herangehensweise an ihre Aufgaben. Leider bleibt ein überaus wichtiger Aspekt im Bericht der Kommission ausgespart. Die Feststellung der Notwendigkeit zusätzlicher Ressourcen, um die Umsetzung ihrer Vorschläge zu ermöglichen, ist nicht enthalten. Anstatt dessen suggeriert der Bericht die Möglichkeit, dass eine Verbesserung der Qualität des Schulwesens ausschließlich durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeit der Unterrichtenden - wie im LDG 2001 der Pflichtschule schon vorgezeichnet - erreicht werden könne.

Kontrolle als Qualitätssicherung?

Dadurch entwertet sich die Arbeit der Kommission einigermaßen, da übersehen wird, dass eine Erweiterung des Aufgabenbereichs ohne Abgeltung, zur Überlastung und auch zur Demotivation der LehrerInnen führen muss. Angesichts dessen dürfte auch die Forderung nach einer mittleren Führungsebene an den Schulen darauf abzielen, die Unterrichtenden, besser zu kontrollieren und sie dadurch vermehrt belasten zu können.

Eine diesbezüglich interessante Aussage findet sich denn auch in der Zeitung der Bundessektion Pflichtschullehrer der GÖD „aps“ 1/2004 auf Seite 8. In seinem Kommentar zu „klasse: zukunft“ schreibt Helmut **Ertl**: *„Die Ergebnisorientiertheit und Individualisierung des Unterrichts sind nach Meinung der Experten (der Zukunftskommission, Anm.) zu wenig ausgeprägt. Dem sollen noch auszubildende Qualitätsbeauftragte, einige ausgewählte LehrerInnen der Schule, Abhilfe schaffen. Offen*

bleibt die Frage, wann dieser administrative Mehraufwand geleistet werden soll. Unser LDG 2001 hat den Versuch unternommen, die Tätigkeiten des Lehrers zu definieren – Stichwort Tätigkeitsbereich C. Damit liegt die Pflichtschullehrerschaft vor allen anderen Lehrergruppen, die sich erst einer Neudefinition über Lehrerarbeitszeit stellen müssen.“

Es ist also zu befürchten, dass die Flexibilisierung der Arbeitszeit - also eine Mehrbelastung der Lehrkräfte ohne finanzielle Abgeltung - zum vorgeblich einzig gangbaren Weg für eine Verbesserung der Schule hochstilisiert werden soll. Die Frage zusätzlicher Ressourcen für vermehrte Aufgaben der LehrerInnen, wird dabei völlig ignoriert, offenbar mit dem Ziel, sie von vorne herein als irrelevant – weil viel zu teuer - abzustempeln.

Wie aus Ertls Artikel zu ersehen ist, besteht seitens der Bundessektion Pflichtschullehrer offenbar weiterhin die Bereitschaft derartige Bestrebungen aktiv zu unterstützen, wie schon bei der Einführung des LDG 2001, damals noch unter Aufsicht des heutigen Herrn Generalsekretärs.

Ertl dazu weiter auf Seite 9: *„Die (von der Kommission, Anm.) vorgeschlagene Zeitgestaltung entspricht voll und ganz unserem derzeitigen Jahresarbeitszeitmodell (= LDGneu, Anm.).“*

Jedoch und immerhin: *„Eine Ausweitung der Autonomie kann nur in der Zuerkennung zusätzlicher Ressourcen in jedem Bereich stattfinden.“*

Eine Erklärung, wie das zusammen passen kann, bleibt Ertl jedoch schuldig.

Von den an sich diskutablen Vorschlägen mit eingebauter akuter Flexibilisierungsgefahr, möchte ich zum Abschluss überschwenken zu dem Punkt im Bericht klasse:zukunft der meiner Meinung nach in seiner Gesamtheit abzulehnen ist, nämlich der Vorschlag, den Schulen Personalhoheit zu geben.

In der derzeitigen politischen Situation, in der eine Partei rücksichtslos die für sie günstige Lage ausnützt, um möglichst viele Positionen mit ihren Leuten zu besetzen, ist die Verlagerung der Entscheidung über die

Anstellung und Entlassung von Lehrkräften auf die Standortebene geradezu verantwortungslos. Sie würde dadurch jeglicher objektiven Kontrolle entzogen, der Willkür wäre Tür und Tor geöffnet.

Als Zusammenfassung dieses Aufsatzes ist dem Schlusswort der „Horner Erklärung“ der ÖLI/UG nichts hinzu zu fügen.

SCHLUSSEKLRÄRUNG:

Wir fordern ein demokratisches Gesamtkonzept in der Bildungsreform. Wir lehnen unkoordinierte Reformansätze ab. Solche haben wir erlebt bei der Integration von Behinderten, der Neugestaltung der Oberstufe oder den Vorschlägen zur Ausdehnung der Nachmittagsbetreuung. Diese Ansätze werden dann noch teilweise kaputt gespart. Schnellschuss-Aktionen auf Basis des Berichts der so genannten „Zukunftskommission“, die Ressourcenfragen, Schulorganisation und Finanzierung ausklammert, sind keine Lösung, sondern Teil des Problems.

Eine tief greifende demokratische Bildungsreform kostet. Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Es geht um eine politische Entscheidung für die Zukunft.

Horn, 7.11.2003

Achtung! Geänderte Telefonnummer:

apflug 08991/108*39*26

Neben unserer e-mail Adresse

apflug@ug-oegb.at

sind wir auch über die homepage

www.apflug.go.to

und den diversen Links der Bezirke zu erreichen.

apfl-Lokal:

1100 Wien, Erlachgasse 95

Wir LehrerInnen werden ein bisschen mehr Selbstbewusstsein & Organisation brauchen!

Wie haben's die PilotInnen & FlugbegleiterInnen 2003 gemacht? (Langform eines apfl-PTS-Flugblattes)

Karl Fischbacher

PV-apfl-Wien

k.paw.fischbacher@utanet.at



Als apfl-Personalvertreter engagiere ich mich auch in einer überparteilichen „Plattform für demokratische & kämpferische Gewerkschaften“, in der BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen aus dem EisenbahnerInnen-, Gemeindedienst-, Telekom- u.a. Bereich und auch vom AUA-Bordpersonal mitarbeiten. In einer Diskussion nach dem EisenbahnerInnen-Streik erzählte der AUA-Bord-Betriebsrat Peter Gugerell die Geschichte ihres Streiks im Oktober / November 2003. Und mir schwante damals schon am Podium (ich war Diskussionsleiter), dass wir LehrerInnen einiges vom Kampf der AUA-KollegInnen lernen könnten!

PilotInnen, LehrerInnen, Müllabfuhr ...

Die Vereinbarungen des AUA-Bordpersonal-Betriebsrates mit dem Management hatten am 17.11.03 neben AUA-Personal-Gehaltseinbußen eine wichtige Gehaltsanhebung für die nun mit der AUA zusammengelegten Lauda Air-KollegInnen gebracht und vor allem die geplante Gehaltsdumpingattacke des Managements

Richtung Osteuropa abgewehrt! Eine beachtliche Leistung angesichts des heutigen existenziellen Konkurrenzkampfes auf dem internationalen Fluglinienmarkt und der konzentrierten Intervention von Verzetnitsch & Leitl zum Schluss des Streiks (siehe dazu weiter unten genauer)!

Peter erzählte von einer rund siebenmonatigen Vorbereitung des Streiks 2003, die, wie der Streik selber, sehr professionell abgelaufen ist. Dies war natürlich auch Ausdruck des Kampfes einer sehr selbstbewussten Berufsschicht, die nicht bloß gut verdient (die PilotInnen), sondern als Zweites einen hoch qualifizierten Beruf mit großer Verantwortung für Menschenleben ausübt. In diesen sieben Monaten hatten PilotInnen und FlugbegleiterInnen einen Schwerpunkt auf die Vorbereitung auf die zu erwartende Schmutzkübelkampagne gelegt, die von Kronen Zeitung bis ORF gegen sie als unverschämte „Privilegienritter“ und „Egoisten“ bei einem Streik gestartet werden würde. Ihre Gruppendynamik erwies sich dann während der Streiks jedenfalls als sehr wirkungsvoll, wenn sich PilotInnen & Stewardessen auf den Versammlungen köstlich über diese oder jene Journailen-Attacke amüsierten...

Gute Ausbildung und hohe Verantwortlichkeit müssen eben gut bezahlt werden, was auch wir LehrerInnen wieder einmal voll inhalieren sollten! Dabei geht es keineswegs darum, andere Berufe herunter zu machen, wenn man z.B. einmal kurz daran denkt, wie schnell Wien im Mist ersticken würde, falls die Müllabfuhr nicht funktioniert. Letztlich sind es generell die Lohnabhängigen, die das Werkel unserer

Gesellschaft am Laufen halten. Und dafür auch allesamt gut und besser bezahlt werden sollten!

Wir LehrerInnen müssen da nicht unser Licht unter den Scheffel stellen. Schon längst wäre es eine der Hauptaufgaben unserer Gewerkschaft, nicht bloß hin und wieder im „Pflichtschullehrer“ oder in der „Solidarität“, sondern in großmedialen Werbekampagnen die Qualität unserer Arbeit im Dienste der beruflichen und kulturellen Qualifizierung dieser Gesellschaft darzustellen. Allem voran gilt es aber, dass wir LehrerInnen, z.B. an den Polytechnischen Schulen, im heutigen Konflikt zwischen den anwachsenden Aufgaben angesichts von Familienzerrfall und Jugendarbeitslosigkeit auf der einen Seite und dem Bildungs- und Ressourcenabbau auf der anderen Seite nicht verzweifeln. Unsere Aufgabe wird es immer mehr, Familienersatz und Berufsfinder für unsere Jugendlichen zu sein, insgesamt sich also an der großen gesellschaftlichen Aufgabe zu beteiligen, die Jugend vor Trostlosigkeit und Kriminalität zu bewahren. Die Regierung behindert uns dabei mehr und mehr, was wir selbstbewusst(!) als Herausforderung annehmen sollten!

Aktive Kommunikation

Dem AUA-Bord-Betriebsrat ist es offenbar in den letzten Jahren und vor allem in den Monaten vor dem 2003-Streik gelungen, einen Kreis von rund 100 aktiven PilotInnen und FlugbegleiterInnen aufzubauen (also rund 5 Prozent der Gesamtbelegschaft). Eine der vordersten Aufgaben dieses AktivistInnenkreises war es, das AUA-Bordpersonal so weit wie möglich untereinander zu vernetzen, sodass der AUA-Bord-Betriebsrat heute über E-mails bzw. SMS innerhalb von drei Stunden fast alle KollegInnen (die in Wien sind) erreichen und notfalls ein Gros von ihnen zu einer Versammlung auf dem Flughafen mobilisieren könnte.

Das ist natürlich eine wunderbare Vorstellung, dass die aktiven LehrerInnen allesamt vernetzt sind und wir eine Personalvertretung haben, die diese Vernetzung kämpferisch anwendet. AUA-Bord-BR Peter schilderte jedenfalls, dass sich

der AUA-Vorstand seit dieser gewachsenen Mobilisierungsstärke der AUA-Bord-Belegschaft bei weiteren Abbauansagen bedeutend schwerer tut ...

Professionalität

Der erweiterte AUA-Bord-Betriebsrat allein besaß bereits mehr fachliche Kompetenz. Und vielleicht ist es ein Spezifikum des internationalistischen Flugpersonals, dass es schwierige fachliche, juristische oder gewerkschaftliche Fragen an Fachleute seines Vertrauens bzw. an internationale Betriebsrats- oder Gewerkschaftspartner „auslagert“. Einer dieser Tipps von „draußen“ betraf z.B. eine Mitteilung US-amerikanischer KollegInnen und deren Erfahrung, mit 80 Pkws in der Lage zu sein, einen großen Flughafen zu blockieren. Dann in Wien ausprobiert, gelang die Sache sogar mit 60 Pkws ...

Unabhängig

Offensichtlich ist es dem AUA-Bord-Betriebsrat gelungen, etliche seiner Leute in der Gewerkschaft Handel, Transport und Verkehr (GHTV) unterzubringen und sich daher von dort einer stärkeren Unterstützung zu versichern. Wie auch immer, der AUA-Bord-BR vermochte die Kampfbereitschaft der Belegschaft allem voran deswegen derart optimal einzusetzen, weil er sowohl bei der Mobilisierung als auch bei den Verhandlungen weitgehend autonom agieren konnte. Er vermochte durch die Kombination von Betriebsrat, AktivistInnenkreis & Belegschaft seine Streikaktionen am 14./22. August und 11./15. Oktober 2003 so konsequent durchzuziehen, dass bei den Verhandlungen optimaler Druck auf den AUA-Vorstand ausgeübt wurde. Am 15. Oktober wurde der Streik nach Verhandlungen bis 16. November ausgesetzt. Nachdem sich der Vorstand am 17. November nochmals störrisch verhielt, legte das Flugpersonal um 7.02 Uhr erneut die Arbeit nieder. Schlagartig fielen 5 Flüge aus, doch nur bis 7.30 Uhr, weil da Verzetnitsch & Leitl herangebraust kamen und den schließlichen Kompromiss fixierten.

Vielleicht wäre mehr drinn gewesen – ohne Verzetnitsch und gemeinsam mit dem EisenbahnerInnenstreik? Doch wie wir aus sicherer Quelle wissen, hielt auch EisenbahnerInnen-Gewerkschaftschef Haberzettl nichts von einem gemeinsamen Streik ...

apfl

Dass unsere GÖD- & APS-Gewerkschaftsführung ebenfalls nichts von gemeinsamen Streiks selbst mit den AHS-LehrerInnen hält, ist hinlänglich bekannt. Das Problem zieht sich allerdings weiter bis in die Personalvertretungen, die sich auch im Pflichtschulbereich stur an Buchstaben des Personalvertretungsgesetzes halten und nicht einmal Interpretationen der Gesetzesparagrafen bzw. PVAK-Anmerkungen zulassen. Will man einen wirkungsvollen Widerstand aufbauen, wird man halt über diesen einen „magischen“ §2-Satz bez. der PV-Aufgabe, bloß auf die Einhaltung der Gesetze achten zu dürfen, hinaus lesen müssen, dass wir PV auch die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Interessen der Bediensteten zu fördern haben. Und fördern kann man sie halt manchmal nur stark aktiv ... Im Betriebsrätegesetz steht ebenso wie bei uns im PVG, dass die BR auf die Erfordernisse eines geordneten Dienstbetriebes Rücksicht zu nehmen hätten. Und dennoch organisieren BetriebsrätInnen anderer Branchen Streiks, wie zuletzt bei der AUA, und haben selbst christliche Personalvertreter der Post streikmäßige Dienststellenversammlungen durchgeführt, sind dann angeklagt und ... freigesprochen worden!

Wir LehrerInnen brauchen meiner Meinung nach ebenso eine mutige Personalvertretung, die Dienststellenversammlungen zum Grundgerüst einer demokratischen und kämpferischen Politik machen. Eine Personalvertretung, die ebenso versucht, aktive KollegInnen in ihre Arbeit einzubeziehen und auf einen gut organisierten Widerstand vorbereitet!

Denn gut organisierter Widerstand wird nötig sein! Länderfinanzausgleich und das nächste Budget kommen bestimmt. Und mit ihnen weiterer Sozial- und Bildungsabbau ...

bemerkt

Wer kann sich noch an **Y2K** erinnern? Richtig! Es war das Kürzel für die befürchtete Katastrophe der Jahrtausendumstellung der Computer. Nun **KHG** (ebenfalls ein Kürzel) ist seit dem Katastrophenjahr im Amt. Zuerst als „blauer“ Finanzminister. Unter der neuen Regierung Schüssel (**y2k + 2**) mutiert zum parteilosen (oder doch blauen – oder doch schwarzen) Finanzminister. Er wurde als „fescher Bursch“ gehandelt. Jung, dynamisch, adrett. Und kompetent. War er doch in Mr. Stronachs Imperium tätig. Einerlei. Er versprach auf Biegen und Brechen ein Nulldefizit. Gigantischer (und teurer) Werbeaufwand wurde betrieben, die Bevölkerung auf Sparen eingeschworen. Das gelang prächtig. Sogar die, die beileibe nix zum Sparen hatten, sagten sie würden die Sparerei einsehen und gerne ihr Scherflein dazu beitragen. (So ein Interview in der *ZiB 2*) Wie das hingebogen wurde wird vielleicht jedem noch in Erinnerung sein. Es spricht jetzt jedenfalls niemand mehr vom Nulldefizit. Es war ja auch eine Seifenblase. **KHG** wurde aber niemals müde, sich und seine Amtsführung über den grünen Klee zu loben. In jüngster Zeit machte **KHG** wieder Schlagzeilen. Dieses Mal mit seiner Selbstvermarktung. Mit Hilfe eines Vereins. Mit viel Geld von der Industriellenvereinigung. (IV-Boss: Wir hätten auch mehr gegeben. Was er damit macht ist nicht unsere Sache) Und er machte. Stichwort: **Homepage**. Schön langsam kamen erschreckende Details zu Tage. (Freunderlwirtschaft, Familienbegünstigung, Steuervergehen...) **KHG** wurde aber niemals müde seine Unschuld zu beteuern und seine Amtsführung über den grünen Klee zu loben. Wofür zahlte eigentlich die Industriellenvereinigung soviel? Was bekommen die Industriellen dafür?

3. Teil: Gestern wurde die Steuerreform im Ministerrat beschlossen. Kernstück ist die Milliarden schwere Amnestie für Industrielle.



Kurier, 24. 3. 2004

60%iger Steuernachlass + Straffreiheit für *Steuersünder*, wie's bei uns verniedlichend heißt. In manchen Ländern heißt Steuerhinterziehung „Wirtschaftsverbrechen“. Bei uns kann man sich eine Absolution holen. Fast schon Berlusconi-Verhältnisse. Was, wenn die korrekten SteuerzahlerInnen 60% ihrer bezahlten Steuern zurückverlangen würden? Selbstverständlich inklusive derer, die als Unselbständige sowieso nicht die Möglichkeit haben zu hinterziehen

Und wie geht **KHG** mit Kritik um? Er wird nicht müde seine Amtsführung über den grünen Klee zu loben.

Übrigens gestützt vom Kanzler!
Im Volksmund würde man sagen:

Olles a Bund Hodern!

?

Wieder einmal in Ferien kolportiert der **KURIER** Ideen wie man die Schule verbessern könnte. Diesmal stammen die Vorschläge von der SPÖ. Reißerischer Aufmacher: „SPÖ bläst Schulen den Marsch“ Dass SchulleiterInnen auf Zeit bestellt werden sollten, ist für uns kein neuer Hut. Schon vor ca 10 Jahren arbeitete die **ÖLI-UG** (Österreichische LehrerInneninitiative – deren Wiener PflichtschullehrerInnen Sektion die **apflug** darstellt) Ein Bildungskonzept aus, wobei ein Punkt war, ? die Leitung aus der Mitte des Lehrkörpers zu wählen. Mit Möglichkeit der Abwahl aber auch der Wiederwahl..

? Dem Vorschlag, dass LeiterInnen sich das Personal selbst aussuchen kann, können wir nichts abgewinnen. (Siehe Artikel „Klasse Zukunft“)

? Die Ressourcenverwaltung in der Schule ist auch ein zweiseitiges Schwert, wie man bereits in der AHS erleben konnte. In Zeiten des rigorosen Sparens wird das zu einer Mangelverwaltung, die für fehlende Mittel den Schwarzen Peter dem Schulstandort zuschiebt.

? Sensationell auch der Vorschlag, dass LehrerInnen den ganzen Tag in der Schule verbringen sollten. Doch das dürfte in den eigenen SP-Reihen noch nicht geklärt sein, denn die Frau Präsidentin herself hat bereits abgewunken. Sie ist wie **apflug** der Meinung, dass das ohne die nötige Infrastruktur an den Schulen gar nicht erst anzudenken ist.

? Bildungsrat und Bildungsmanager auf Regionalebene kann derzeit von uns noch nicht beurteilt werden, denn uns liegt nur der Artikel des *Kurier* vor.

Der Bildungsrat sollte bei der Landtagswahl gewählt werden, Bildungseinrichtungen sollten den Rat unterstützen. Beide sollten überwachen, dass die Schulen die Bildungsziele erreichen. Das klingt in der Form zumindest eigenartig. Außerdem sollte dieses Gremium Servicefunktion bezüglich Ausschreibungen und Vertragsabschlüsse haben.

? Zugleich heißt es aber dass die Schulen autonom sein sollten. Aber dabei geht es offensichtlich nur darum so genannte Synergien greifen zu lassen, heißt Einsparungen auf Kosten der kleineren Schulen zu kreieren. Vorschweben Einheiten zwischen 300 und 1000 SchülerInnen pro Schule.

Über allem steht natürlich die „Freiheit in der Schul- und Unterrichtsorganisation“. Die Schule sollte festlegen dürfen, ob sie ganztägig geführt wird. Sie dürfe auch die Lehr- und Lernformen festlegen.

Der Schultyp sollte von der Bildungsregion vorgegeben werden, eingeschränkt wird hinsichtlich Ausbildungsziele.

Kontrollinstanz würde das Land sein (Vorgaben an Bildungsrat, Mittelverwendung), der Bund wäre für die Gesetzgebung zuständig und damit letztverantwortlich. Für **Diskussionsstoff** ist zumindest gesorgt.

VP-Strobl:

Alle Lehrer müssen ihre Lehrverpflichtung erfüllen



Otto Anlanger,
für apflug im
DA und GBBA im
17. IB

Unter dieser Überschrift – mit dem Untertitel: „Sonderrechte für einzelne Lehrergruppen abschaffen“, veröffentlichten die „Wiener LehrerInnen – FCG“ unkommentiert folgende Aussage von LAbg. W. Strobl (Bildungssprecher der VP):

Der Dienststellenausschuss des 17. Inspektionsbezirkes weist diese pauschalen Verunglimpfungen vehement zurück!

Unsere KollegInnen leisten hervorragende Arbeit unter immer schwieriger werdenden Bedingungen. Sie erfüllen gemäß „LDG neu“, wie alle anderen Lehrergruppen, ihre Jahresnorm, und sie erwarten sich, dass wir PersonalvertreterInnen sie unserem Auftrag gemäß in ihrem beruflichen Handeln unterstützen und vor eben derartigen Angriffen von außen schützen.

Die PersonalvertreterInnen des DA 17 werden nicht daran teilnehmen, einzelne Lehrergruppen gegeneinander auszuspielen und fordern auch euch als gewählte VertreterInnen im Zentralausschuss auf, ALLE Lehrerinnen und Lehrer ALLER Inspektionsbezirke zu vertreten.

Daher bitten wir dringend um eine Korrektur der

„Derzeit ist es so, dass es eine kleine Hundertschaft an besonders privilegierten Lehrern gibt. Zu diesen Privilegien zählen automatische Mehrdienstleistungen, keine Supplierungsverpflichtung, Beratungs- und Elterngespräche am Vormittag und Therapiesitzungen, die mit herkömmlichem Unterricht nichts zu tun haben“, erklärte Strobl. Das sei ein Affront für 95 % der Lehrer, die ihre rund 22 Stunden in der Woche mit konkretem Unterricht, viel Vorbereitung und zusätzlichen Beratungsgesprächen außerhalb der Dienstzeit verbringen.

Strobl forderte den Wiener Stadtschulrat daher auf, einheitliche dienstrechtliche Bestimmungen für alle Lehrer zu entwickeln. Berufsschwerpunkte, die nichts mit Unterrichten zu tun haben, sollen entweder umgestellt oder ausgegliedert werden. „Alle Lehrer müssen eine Lehrverpflichtung von 21 bis 22 Stunden haben und gemäß Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz Neu ihre Stunden belegen“, betonte Strobl abschließend.

Daraufhin haben wir vom DA 17 reagiert und einen Brief sowohl an die Vorsitzende des ZA (Andrea Masek - ZV), als auch den ZAMitgliedern der „Wiener Lehrerinnen - FCG“ einen Brief geschrieben, wobei ich den Brief an die „CLW – FCG“ zitiere:

„Die in oben genannter Bezirksinfo veröffentlichten Aussagen des Herrn LAbg. Strobl haben sowohl im 17. als auch im 18. Inspektionsbezirk großen Unmut ausgelöst. Das offensichtlich fehlende Fachwissen eines Wiener Bildungspolitikers erzeugt nicht nur bei der „kleinen Hundertschaft an besonders privilegierten Lehrern“ (Zit. Strobl) tiefe Betroffenheit. Noch größer ist das Befremden darüber, dass diese Aussagen von PersonalvertreterInnen im Zentralausschuss (!) unwidersprochen publiziert werden. Ihr tragt damit zu einer Diffamierung aller ambulanten Systeme des 17. und 18. Inspektionsbezirkes bei.

veröffentlichten Aussagen!“

Auch die Grünen reagierten und richteten an die Präsidentin des SSR – Dr. Susanne Brandsteidl – folgende Anfrage:

1. Gibt es eine Gruppe oder mehrere Gruppen von Lehrer/innen, die in den Genuss automatischer Mehrdienstleistungen kommen?
2. Welche Gruppe oder welche Gruppen von Lehrer/innen müssen nicht supplieren?

3. Wie groß ist die genaue Zahl jener LehrerInnen, die in den Genuss obgenannter Privilegien kommen?

Begründung:

Anlässlich einer Bildungsdebatte im Wiener Landtag hat der Abgeordnete Strobl (ÖVP) unter anderem gesagt, dass es "derzeit eine kleine Hundertschaft an besonders privilegierten Lehrern" gäbe, zu deren Privilegien "automatische Mehrdienstleistungen und keine Supplieverpflichtung gehören". Außerdem zählte er zu den Privilegien dieser "kleinen Hundertschaft" offenbar Tätigkeiten, die "mit herkömmlichem Unterricht nichts zu tun haben." Dabei handelt es sich um Informationen, die bislang in weiten Kreisen der LehrerInnen unbekannt waren, was die Unabhängige Bildungsgewerkschaft dazu bewogen hat einige Fragen aufzuwerfen.

Herr Mag. Reinhard Gruden beantwortete für die Amtsführende Präsidentin die Anfrage der Grünen wie folgt:

- zu 1. Es gibt keine Gruppen von Landeslehrer/innen, die automatisch Mehrdienstleistungen bekommen.
- zu 2. Von der Supplieverpflichtung befreit sind folgende Gruppen von Landeslehrer/innen:
- Lehrer/innen, die gerade den Pflichtunterricht abhalten
 - Leiter/innen, die ihre Restsupplieverpflichtung erfüllt haben
 - Religionslehrer/innen (ausgenommen den Religionsunterricht)
 - Lehrer/innen, die sich auf angeordneten Dienstreisen befinden
- zu 3. Es gibt keine privilegierte Lehrer/innengruppe

Jetzt wissen wir also, was wir schon immer gewusst haben.
Ob es wohl die Anderen auch wissen?

?

Kontakte zur apfl in den Bezirken:



4. IB

Helmut Breit, HS Kauergasse 3-5,
1150 Wien, Tel. 01/869*52*28
helmut.breit@utanet.at



6. IB

Gabriele Bogdan, HS Herzg. 27,
1100 Wien, Tel. 06991/108*10*40
gaby.bogdan@gmx.at
Herbert Ellerich, HS Leibnizg. 33
Eller.ich@chello.at



8. IB

Andreas Chvatal, HS Johann.
Hoffmann Platz 19, 1200 Wien
Tel. 01/786*40*30
andreas.chvatal@ug-oegb.at



10 IB, PTS

Karl Fischbacher, PTS
Tel. 0676/434*88*14
k.paw.fischbacher@utanet.at



17. IB

Susanne Weghofer, SPZ Kröllg.
sweghofer@yahoo.de

Otto Anlanger, Tel. 486*89*01
o.anlanger@ug-oegb.at



18. IB

Andreas Gusel
a.gusel@ug-oegb.at

Alice Bogg
alice.bogg@i-one.at



Zentralausschuss f. Wien

Kurt Muck, HS Herzg. 27, 1100 Wien
Tel: 06991/108*39*26
k.muck@gmx.at



Was
ist
apfl?

Die Broschüre zur WählerInnenliste
(erhältlich über alle Kontaktadressen)